



Nr. 58/S. 493 Bonn, den 15. Juni 1982

# Bulletin

## NATO-Gipfelkonferenz in Bonn

Tagung der Staats- und Regierungschefs des Nordatlantikpakts am 9. und 10. Juni 1982

### Bonner Erklärung

Die an der Tagung des Nordatlantikrats teilnehmenden Staats- und Regierungschefs veröffentlichten am 10. Juni 1982 in Bonn folgende Erklärung:

1.

Wir, die Vertreter der sechzehn Länder des Nordatlantischen Bündnisses, erneuern unser Bekenntnis zu den gemeinsamen Werten und Idealen, auf denen unsere transatlantische Partnerschaft beruht.

2.

Der Beitritt Spaniens zum Nordatlantikpakt nach seinem friedlichen Wechsel zur parlamentarischen Demokratie bezeugt die Vitalität des Bündnisses als einer Kraft des Friedens und der Freiheit.

3.

Unser Bündnis bewahrt den Frieden seit einem Dritteljahrhundert. Es ist ein Zusammenschluß freier Staaten, die sich zur Wahrung ihrer Sicherheit durch gegenseitige Garantien und kollektive Selbstverteidigung, wie in der Charta der Vereinten Nationen anerkannt, miteinander verbunden haben. Es bleibt das unentbehrliche Instrument zur Abschreckung vor einer Aggression durch eine starke Verteidigung und zur Stärkung des Friedens durch einen konstruktiven Dialog. Unsere Solidarität steht keineswegs im Gegensatz zu dem Recht eines jeden unserer Staaten, seine Politik und seine innere Entwicklung selbst zu bestimmen, und ermöglicht ein hohes Maß an Vielfalt. Darin liegt unsere Stärke. Im Geiste gegenseitiger Achtung sind wir bereit, unsere Ziele und Interessen jederzeit durch freie und enge Konsultationen in Übereinstimmung zu bringen. Sie sind der Kern der täglichen Zusammenarbeit im Bündnis und werden angemessen intensiviert werden. Wir sind eine Partnerschaft von Gleichen, in der niemand herrscht oder beherrscht wird.

4.

Die Sowjetunion andererseits verlangt von den mit ihr verbündeten Ländern, daß sie sich als Block verhalten, um ein starres und aufgezwungenes System zu erhalten. Darüber hinaus lehrt die Erfahrung, daß die Sowjetunion schließlich auch bereit ist, außerhalb ihrer eigenen Grenzen Gewalt anzudrohen oder anzuwenden. Afghanistan und die sowjetische Haltung zur Krise in Polen zeigen dies deutlich. Die Sowjetunion hat im vergangenen Jahrzehnt einen großen Teil ihrer Mittel für eine massive Aufrüstung verwandt, wobei sie ihre Verteidigungsbedürfnis-

### Inhalt

NATO-Gipfelkonferenz in Bonn	493
Bonner Erklärung	
Eröffnungs-Rede des Bundeskanzlers	
Ansprache des Bundespräsidenten	
Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika in der Bundesrepublik Deutschland	500
Besuch im Deutschen Bundestag	
Begrüßung durch den Bundestagspräsidenten	
Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten	
Dank des Bundestagspräsidenten	
Besuch in Berlin	
Begrüßung durch den Regierenden Bürgermeister	
Ansprache des Bundeskanzlers	
Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten	
Erklärungen zum Abschied	510

se weit überschritt und militärische Stärke in weltweitem Rahmen zur Geltung brachte. Während sie selbst eine Bedrohung dieses Ausmaßes schaffen, verurteilen die Regierungen des Warschauer Pakts die Verteidigungsanstrengungen des Westens als aggressiv. Während sie in ihren eigenen Staaten Bewegungen für einseitige Abrüstung verbieten, unterstützen sie Forderungen nach einseitiger Abrüstung im Westen.

## 5.

Die internationale Stabilität und der Weltfrieden verlangen größere Zurückhaltung und Verantwortung seitens der Sowjetunion. Wir bekräftigen unsererseits erneut die Grundsätze und Ziele des Bündnisses und geben unser Programm für Frieden in Freiheit bekannt:

- (a) Unser Ziel ist es, Krieg zu verhindern und unter Wahrung der Demokratie die Grundlagen für dauerhaften Frieden zu schaffen. Keine unserer Waffen wird jemals eingesetzt werden, es sei denn als Antwort auf einen Angriff. Wir respektieren die Souveränität, Gleichheit, Unabhängigkeit und territoriale Unversehrtheit aller Staaten. Zur Erreichung dieses Ziels werden wir angemessene militärische Stärke und politische Solidarität aufrechterhalten. Auf dieser Grundlage setzen wir unsere Bemühungen fort, durch Dialog, Verhandlungen und beiderseits vorteilhafte Zusammenarbeit ein konstruktiveres Ost-West-Verhältnis herzustellen, soweit dies durch das sowjetische Verhalten ermöglicht wird.
- (b) Unser Ziel ist es, die Sicherheit des nordatlantischen Gebiets durch konventionelle und nukleare Streitkräfte zu schützen, die ausreichend sind, um vor Aggressionen und Einschüchterungsversuchen abzuschrecken. Ohne dabei nach militärischer Überlegenheit zu streben, erfordert dies ständige Anstrengungen seitens aller Bündnispartner zur Verstärkung ihrer Verteidigungsbereitschaft und militärischen Stärke. Unsere Länder verfügen über die dazu erforderlichen Mittel. Die Präsenz nordamerikanischer Streitkräfte in Europa und die amerikanische nuklearstrategische Verpflichtung gegenüber Europa bleiben untrennbar mit der Sicherheit des Bündnisses verknüpft. Gleiches Gewicht kommt der Aufrechterhaltung und laufenden Verbesserung des Verteidigungspotentials der europäischen Mitglieder des Bündnisses zu. Wir werden größere Wirksamkeit beim Einsatz nationaler Mittel für die Verteidigung anstreben und dabei die Möglichkeiten, Gebiete der praktischen Zusammenarbeit zu entwickeln, gebührend prüfen. In dieser Hinsicht werden die in Frage kommenden Bündnispartner vordringlich nach Mitteln und Wegen suchen, neue Technologien sowohl technisch als auch wirtschaftlich in vollem Umfang zu nutzen. Gleichzeitig werden in den geeigneten Gremien Schritte unternommen werden, um den Zugang des Warschauer Pakts zu militärisch relevanter westlicher Technologie einzuschränken.
- (c) Unser Ziel ist es, ein stabiles Kräftegleichgewicht auf möglichst niedrigem Niveau herzustellen und dadurch den Frieden und die internationale Sicherheit zu festigen. Wir haben ein breites Spektrum von Vorschlägen für militärisch bedeutsame, ausgewogene und verifizierbare Vereinbarungen zur Kontrolle und Verminderung von Rüstung vorgelegt. Wir unterstützen uneingeschränkt die Bemühungen der Vereinigten Staaten, mit der Sowjetunion über substantielle Reduzierungen der strategischen Kernwaffen der beiden Staaten und über die Festlegung strikter und wirksamer Begrenzungen ihrer Kernwaffen mittlerer Reichweite zu verhandeln, beginnend mit der vollständigen Beseitigung ihrer landgestützten Mittelstreckenflugkörper, die beiden Seiten zu der größten Besorgnis Anlaß geben. Wir streben weiterhin substantielle Verminderungen konventioneller Streitkräfte auf beiden Seiten in Europa und eine Einigung über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in ganz Europa an. Mit dieser Zielsetzung haben sich diejenigen von uns, deren Staaten sich an den Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen in Wien beteiligen, auf eine neue Initiative geeinigt, um diesen Verhandlungen frischen Auftrieb zu verleihen. Wir werden auch bei den internationalen Verhandlungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung in einem breiteren Zusammenhang eine aktive Rolle spielen. Bei der Zweiten Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen über Abrüstung, die soeben in New York begonnen hat, werden wir danach streben, diesen Verhandlungen einen neuen Anstoß zu geben.
- (d) Unser Ziel ist es, substantielle und ausgewogene Ost-West-Beziehungen mit dem Ziel einer wirklichen Entspannung zu entwickeln. Zu diesem Zweck muß die Souveränität aller Staaten unabhängig von ihrer geographischen Lage geachtet werden, dürfen die Menschenrechte nicht der Staatsraison geopfert werden, muß freier Gedankenaustausch an die Stelle einseitiger Propaganda treten, muß Freizügigkeit der Menschen erreicht werden, müssen Bemühungen um ein stabiles und offenes Verhältnis im militärischen Bereich unternommen werden und müssen überhaupt alle Prinzipien und Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki in ihrer Gesamtheit angewandt werden. Wir werden unsererseits stets bereit sein, in diesem Geist zu verhandeln, und erwarten konkrete Anzeichen dafür, daß diese Haltung auf Gegenseitigkeit stößt.
- (e) Unser Ziel ist es, zum friedlichen Fortschritt in der ganzen Welt beizutragen. Wir werden an der Beseitigung der Ursachen der Instabilität arbeiten, wie Unterentwicklung oder Spannungen, die einen Anreiz zur Einmischung von außen bieten. Wir werden auch weiterhin unseren Anteil am Kampf gegen Hunger und Armut übernehmen. Die Beachtung echter Blockfreiheit ist für die internationale Stabilität von Bedeutung. Wir alle haben ein Interesse an Frieden und Sicherheit in anderen Regionen der Welt. Wir werden uns in geeigneter Weise über Ereignisse in diesen Regionen, die sich auf

unsere Sicherheit auswirken können, konsultieren und dabei unsere gemeinsam identifizierten Ziele berücksichtigen. Diejenigen von uns, die dazu in der Lage sind, werden Hilfeersuchen souveräner Staaten entsprechen, deren Sicherheit und Unabhängigkeit in Gefahr sind.

- (f) Unser Ziel ist es, wirtschaftliche und soziale Stabilität unserer Länder zu gewährleisten. Dies wird unsere gemeinsame Fähigkeit stärken, unsere Sicherheit zu wahren. Der Auswirkungen der Politik jedes Landes auf andere Länder bewußt, legen wir größten Wert auf die Eindämmung der Inflation und Rückkehr zu anhaltendem Wachstum und hohem Beschäftigungsstand. Indem wir die bedeutende Rolle feststellen, die unsere Wirtschaftsbeziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts bei der Entwicklung eines stabilen Ost-West-Verhältnisses spielen können, werden wir sie unseren politischen und Sicherheitsinteressen gemäß vernünftig und nuanciert handhaben. Wirtschaftsbeziehungen sollten auf der Grundlage ausgewogener Vorteile für beide Seiten gestaltet werden. Wir verpflichten uns, die Finanzbeziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts auf gesunder wirtschaftlicher Grundlage zu gestalten, einschließlich kommerzieller Vernunft auch bei der Gewährung von Exportkrediten. Wir stimmen einem Informationsaustausch in den dafür geeigneten Gremien zu, der sich auf alle Aspekte unserer wirtschaftlichen, kommerziellen und finanziellen Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts erstreckt.

6.

Nirgendwo ist unsere Verpflichtung gegenüber gemeinsamen Grundwerten klarer zum Ausdruck gekommen als hinsichtlich der Lage in Deutschland und Berlin. Wir treten weiterhin für die Sicherheit und Freiheit Berlins ein und unterstützen wie bisher die Bemühungen, die ruhige Lage in und um die Stadt aufrechtzuerhalten. Der fortgesetzte Erfolg der Bemühungen der Bundesrepublik Deutschland, das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten zu verbessern, ist für die Sicherung des Friedens in Europa von Bedeutung. Wir erinnern an die Unberührtheit der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes und bekräftigen unsere Unterstützung für das politische Ziel der Bundesrepublik Deutschland, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

7.

Wir verurteilen alle Aktionen des internationalen Terrorismus. Sie stellen flagrante Verletzungen der Menschenwürde und Menschenrechte dar und bedrohen die Gestaltung normaler internationaler Beziehungen. In Übereinstimmung mit unseren nationalen Rechtsordnungen betonen wir die Notwendigkeit einer möglichst wirksamen Zusammenarbeit zur Verhinderung und Unterdrückung dieser Geißel.

8.

Wir fordern die Sowjetunion dazu auf, die international anerkannten Verhaltensnormen zu beachten, ohne deren Einhaltung es keine Aussicht auf stabile internationale Verhältnisse geben kann, und nunmehr gemeinsam mit uns konstruktive Beziehungen, Abrüstung und Weltfrieden anzustreben.

## Dokument über Rüstungskontrolle und Abrüstung

Bonn, 10. Juni 1982

In Übereinstimmung mit unserer heutigen Erklärung legen wir, die Vertreter der sechzehn Mitglieder des Nordatlantischen Bündnisses, hiermit unsere Haltung zu Rüstungskontrolle und Abrüstung im einzelnen dar:

Militärisch bedeutsame, ausgewogene und verifizierbare Vereinbarungen über Rüstungskontrolle und Abrüstung tragen zur Stärkung des Friedens bei und sind integraler Bestandteil unserer Sicherheitspolitik. Westliche Vorschläge bieten die Möglichkeit für substantielle Reduzierungen von amerikanischen und sowjetischen Waffen interkontinentalstrategischer und mittlerer Reichweite und von konventionellen Streitkräften in Europa sowie für Vertrauensbildende Maßnahmen, die in ganz Europa gelten:

- Bei den bevorstehenden Verhandlungen über die Verminderung strategischer Waffen (START) fordern wir die Sowjetunion auf, erheblichen Verminderungen bei den amerikanischen und sowjetischen nuklearstrategischen Potentialen mit Schwerpunkt bei den besonders destabilisierenden interkontinentalen Systemen zuzustimmen.
- Bei den Verhandlungen über Kernwaffen mittlerer Reichweite (INF), die im Rahmen von START geführt werden und auf dem Doppelbeschluß vom Dezember 1979 über INF-Modernisierung und Rüstungskontrolle beruhen\*), bietet der amerikanische Vorschlag zur vollständigen Beseitigung aller landgestützten amerikanischen und sowjetischen INF-Flugkörper größerer Reichweite Aussicht auf ein ausgewogenes Ergebnis und größere Sicherheit für alle.
- Diejenigen von uns, die an den Wiener Verhandlungen über beiderseitige und ausgewogene Truppenvermindierungen (MBFR) teilnehmen, werden in Kürze einen Vertragsentwurf vorlegen, der einen neuen umfassenden Vorschlag darstellt und der darauf angelegt ist, diesen Verhandlungen neuen Schwung zu verleihen und das seit langem angestrebte Ziel der Festigung von Stabilität und Sicherheit in Europa zu erreichen. Sie betonen, daß der westliche Vertragsvorschlag im Falle seiner Annahme alle Teilnehmer, deren Streitkräfte - europäische und nordamerikanische - betroffen sind,

\*) Vorbehalt Griechenlands

verpflichten wird, sich in Übereinstimmung mit dem Prinzip der Kollektivität an substantiellen Personalreduzierungen zu beteiligen, die zu gleichen kollektiven Höchststärken für die Streitkräfte der östlichen und westlichen Teilnehmer in Mitteleuropa führen werden, und zwar auf der Grundlage vereinbarter Daten in Verbindung mit Begleitenden Maßnahmen zur Festigung des Vertrauens und zur Verbesserung der Überprüfbarkeit.

- Bei der KSZE würde der Vorschlag für eine Konferenz über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa als Teil eines ausgewogenen Ergebnisses des Madrider KSZE-Folgetreffens den Weg zu größerer Transparenz und erhöhter Stabilität in ganz Europa vom Atlantik bis zum Ural eröffnen.

Wir setzen gleichzeitig unsere Bemühungen um einen stabilen Frieden im weltweiten Maßstab fort:

- Im Genfer Abrüstungsausschuß werden die Bündnispartner aktiv ihre Bemühungen fortsetzen, ausgewogene und verifizierbare Vereinbarungen einschließlich eines vollständigen Verbots chemischer Waffen zu erreichen.
- Bei der zur Zeit stattfindenden Zweiten Sondergeneralversammlung der VN über Abrüstung vertrauen wir darauf, daß es gelingt, den bereits laufenden und bevorstehenden Verhandlungen neue Impulse zu geben, insbesondere durch die Weiterentwicklung von militärischer Transparenz und Verifikation, daß die Notwendigkeit strikter Einhaltung des in der Charta der VN verankerten Gewaltverbots bekräftigt und daß die Befolgung bestehender Abkommen gestärkt wird.

Wir rufen alle Staaten auf, bei diesen Bemühungen um die Festigung von Frieden und Sicherheit mit uns zusammenzuarbeiten. Insbesondere appellieren wir an die Sowjetunion, ihr öffentliches Bekenntnis zur Abrüstung in aktive Schritte umzusetzen, die auf konkrete, ausgewogene und verifizierbare Ergebnisse am Verhandlungstisch gerichtet sind.

## Dokument über die integrierte Verteidigung des Bündnisses

Bonn, 10. Juni 1982

In Übereinstimmung mit unserer heutigen Erklärung legen wir, die Vertreter der an der integrierten Verteidigungsstruktur beteiligten Staaten des Nordatlantischen Bündnisses, hiermit unsere Haltung zur Verteidigung dar. Wir begrüßen die Absicht Spaniens, sich an der integrierten Verteidigungsstruktur zu beteiligen, sowie die Bereitschaft des spanischen Regierungschefs, dieses Dokument mitzutragen, obwohl die Modalitäten der spanischen Beteiligung noch auszuarbeiten sind.

Entsprechend den im Programm für Frieden und Freiheit angelegten Grundsätzen haben wir vereinbart, daß wir in Übereinstimmung mit den derzeitigen Verteidigungsplä-

nen des Bündnisses sowie im Rahmen seiner Strategie und Streitkräfte-Triade auch weiterhin, mit besonderem Augenmerk auf die konventionellen Streitkräfte, die Verteidigungskraft des Bündnisses stärken werden. Die Anstrengungen unserer Länder in Ausführung der Beschlüsse der Washingtoner Gipfelkonferenz von 1978 haben zur Steigerung der Verteidigungsfähigkeit geführt. Trotz dieser Fortschritte ist es offensichtlich, wie vom kürzlich veröffentlichten Streitkräftevergleich zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt nachgewiesen, daß die Fortsetzung der Anstrengungen für die Sicherheit des Bündnisses von wesentlicher Bedeutung ist. Vor diesem Hintergrund werden wir

- soweit wie möglich die NATO-Streitkräfteziele für die nächsten sechs Jahre erfüllen, und zwar unter Ein-schluß von Maßnahmen zur Verbesserung des Bereitschaftsstands der präsenten Kräfte sowie des Bereitschaftsstands und der Mobilisierungskapazität der Reservekräfte. Das kürzliche Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten über Unterstützung durch den Aufnahmestaat in Krisen oder Krieg wurde gewürdigt;
- die Verwirklichung der Maßnahmen des langfristigen Verteidigungsprogramms mit dem Ziel der Erhöhung unserer gesamten Verteidigungsfähigkeit fortsetzen;
- die NATO-Planungsverfahren auch weiterhin verbessern und neue Wege zur Steigerung der Wirksamkeit beim Einsatz nationaler Mittel für die Verteidigung, besonders auf konventionellem Gebiet, erkunden. In dieser Hinsicht werden wir einer gerechten Lastenteilung und den Möglichkeiten zur Entwicklung von Gebieten praktischer Zusammenarbeit, aus denen wir alle Nutzen ziehen können, weiterhin gebührende Aufmerksamkeit schenken.
- Wege erforschen, um aus neuen Technologien vollen technischen und wirtschaftlichen Nutzen zu ziehen, insbesondere um die konventionelle Verteidigung zu verbessern, sowie die zur Einschränkung des Transfers militärisch bedeutsamer Technologie an den Warschauer Pakt notwendigen Schritte unternehmen.

Indem wir feststellen, daß Entwicklungen außerhalb des NATO-Gebiets unsere lebenswichtigen Interessen bedrohen können, haben wir erneut die Notwendigkeit bekräftigt, uns zu konsultieren, um zur gemeinsamen Beurteilung und zur Identifizierung gemeinsamer Ziele zu kommen und dabei die Auswirkungen auf die Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit des Bündnisses sowie die nationalen Interessen der Mitgliedländer in vollem Umfang zu berücksichtigen. In dem Bewußtsein, daß die von ihnen in dieser Hinsicht verfolgte Politik eine nationale Entscheidung darstellt, haben wir vereinbart, gemeinsam in den dafür geeigneten NATO-Gremien die Erfordernisse zu prüfen, die sich für die Verteidigung des NATO-Gebiets möglicherweise daraus ergeben, daß einzelne Mitgliedstaaten Dislozierungen außerhalb dieses Gebiets vornehmen. Schritte, die im Lichte solcher Konsultationen von einzelnen Bündnispartnern zur Erleichterung möglicher militärischer Dislozierungen außerhalb des NATO-Gebiets getroffen werden, können einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit des Westens leisten.